

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 26 (1985)  
**Heft:** 13

**Artikel:** Der Warschauer Pakt  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094346>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der Warschauer Pakt

In einem ersten Beitrag über den Warschauer Pakt befasst sich Peter Sager hier mit der vor kurzem erfolgten Verlängerung seiner Gültigkeit und mit seinem vermeintlichen Charakter als Pendant zur Nato und als «Antwort» auf ihr Bestehen. Ein zweiter Beitrag wird dann den Pakt in den Zusammenhang mit der leninischen Kriegsdoktrin stellen.

Diesen Frühling wurde – sinnvollerweise in Warschau – der Warschauer Pakt um zwanzig Jahre verlängert. Wir hatten das im ZeitBild (Nr. 10/1985) als Routinegeschäft vermerkt, und zum Zeitpunkt des formellen Aktes handelte es sich zweifellos nur noch um die selbstverständliche Erledigung einer Formalität. Wenn man zur offiziellen Unterzeichnung zusammenkommt, ist der Inhalt der Vereinbarung natürlich schon vorbestimmt. Indessen war es diesmal nicht gar so selbstverständlich, dass man sich hinter den Kulissen zu dieser «normalen» Vereinbarung entschliessen würde.

## Der mögliche Überraschungscoup . . .

Denkbar gewesen wären noch andere Varianten, jeweils bestimmt durch gegenläufige Motive. Zum einen hätte Rumänien sein früheres leichtes Sträuben gegen die Pakt-Strukturen sichtbar werden lassen können, was wiederum die Sowjetunion zu einigen (geringfügigen) Modifikationen hätte veranlassen können. Aber es gab noch eine weitere Möglichkeit, die sich im Vorfeld der Pakt-Erneuerung nicht gänzlich ausschliessen liess: die Möglichkeit nämlich, dass Moskau einen riesigen Propagandacoup lancieren und von sich aus die Auflösung des militärischen Bündnisses besorgen würde.

Der vorderhand nicht mehr so aktuelle Witz dabei liegt darin, dass die Sowjetunion gar nicht auf den multilateralen Pakt angewiesen ist, um ihre Satelliten auch militärisch an sich zu binden. Zwischen allen Staaten des Sowjetlagers bestehen entsprechende bilaterale Abkommen, die schon allein ein funktionsfähiges Bündnisystem im Moskauer Sinn darstellen. Die Organisation des Warschauer Paktes ist so

mit einer Doppelspurigkeit. Ihr spezifisches Gewicht liegt darin, eine gemeinsame Plattform zu bilden oder vorzuweisen, und das ist kein unverzichtbarer Wert im Sinne der Macht.

Somit lässt sich der Warschauer Pakt grundsätzlich auflösen, ohne dass sich deswegen allein in den militärischen Beziehungen der betreffenden Staaten untereinander etwas ändern müsste. Demgegenüber gibt es auf der andern Seite beim atlantischen Bündnis kein entsprechendes Netz von zweiseitigen Vereinbarungen, so dass die Nato als Organisation unverzichtbar ist.

Nachdem es Moskau nicht gelungen ist, durch Lenkung der sogenannten Friedensbewegung im Westen die Ausführung des Nato-Nachrüstungsbeschlusses zu verhindern, hätte ein neuer Impuls an sich willkommen sein müssen. Mit der «einseitigen» Auflösung des Warschauer Paktes, mit einer Pseudo-Friedensgeste also, hätte man eine enorme Propagandaoffensive auslösen können. Mit Aussicht auf beträchtlichen Erfolg würde eine erweiterte Friedensbewegung im Westen die «entsprechende» Auflösung der Nato gefordert haben.

## . . . hat nicht stattgefunden

Hier sind nur die Vorteile einer denkbaren Operation skizziert worden, zu der es ja schliesslich nicht gekommen ist. Man hat Gorbatschow zugetraut, einen solchen Schritt zu planen, aber selbst wenn diese Voraussetzung zutreffen sollte, durfte der Parteichef die Ausführung offensichtlich nicht wagen. Er ist noch jung im Amt, und seine persönliche Machtposition bedarf weiterer Festigung. Mit einer spektakulären Initiative der angeführten Art würde er seinen Rivalen wahrscheinlich nur Munition liefern. Aber ohnehin müssten die objektiven

Risiken eines solchen Unternehmens erwogen werden. Dazu gehört unter anderem die Frage, wie ein Verzicht auf den Warschauer Pakt von der osteuropäischen Bevölkerung verstanden würde; für sie könnte so etwas, vom Krenl aus betrachtet, das falsche Signal sein.

Auf jeden Fall ist der Warschauer Pakt, der am 14. Mai auslief, schon am 26. April nicht zufällig auf einer Sitzung in Warschau verlängert worden, und zwar auf 20 Jahre, wobei er automatisch um weitere zehn Jahre in Kraft bleibt, wenn nicht ein Land innerhalb von zwölf Monaten vor Ablauf den Austritt ankündigt.

Im Zusammenhang mit dieser Erneuerung sind einige bedeutsame Erklärungen abgegeben worden und daher einige grundsätzliche Überlegungen anzustellen.

## Die «Austrittsmöglichkeit»

Bislang sind nur zwei Länder aus dem Warschauer Pakt ausgetreten.

Am 1. November 1956 gab der damalige ungarische Ministerpräsident Imre Nagy den Rückzug seines Landes aus dem Pakt bekannt und erklärte für Ungarn die Neutralität. Vier Tage darauf griffen grosse Verbände sowjetischer Truppen Ungarn an, und die Regierung Nagy wurde gewaltsam gestürzt. Die Neutralitätserklärung war ein Akt der Verzweiflung angesichts sowjetischer Truppenkonzentration an Ungarns Grenzen, ein Ausdruck letzter Hoffnung, die auf dem erfolgreichen Abschluss des österreichischen Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 gründen mochte. Die Sowjetunion hatte damals ihr Einverständnis zum Rückzug aus Österreich gegeben unter der Voraussetzung, dass Österreich eine «Neutralität nach schweizerischem Muster» befolge.

Inzwischen ist das Recht auf Neutralität, auf das Imre Nagy zählte, ausdrücklich in der Schlussakte der KSZE vom 1. August 1975 in Helsinki verankert worden: «Die Teilnehmerstaaten... haben das Recht... Vertragspartei eines Bündnisses zu sein oder nicht zu sein; desgleichen haben sie das Recht auf Neutralität.»

Das zweite Land, das aus dem Warschauer Pakt austrat, war im September 1968 Albanien als Protest gegen die sowjetische Invasion der Tschechoslowakei. Allerdings hatte Albanien im Pakt selbst keine Rolle mehr gespielt, seit Enver Hodscha 1961 im sino-sowjetischen Konflikt für China Partei ergriffen hatte.

Die Präambel des Warschauer Paktes vom 14. Mai 1955 hat im wesentlichen folgenden Wortlaut:

«Die vertragschliessenden Parteien haben beschlossen,

unter erneuter Bekundung ihres Strebens nach Schaffung eines auf der Teilnahme aller europäischen Staaten, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, beruhenden Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, das es ermöglichen würde, ihre Anstrengungen im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa zu vereinigen;

unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Lage, die in Europa durch die Ratifizierung der Pariser Verträge entstanden ist, welche die Bildung neuer militärischer Gruppierungen in Gestalt der «Westeuropäischen Union» unter Teilnahme eines remilitarisierten Westdeutschlands und dessen Einbeziehung in den Nordatlantikblock vorsehen, wodurch sich die Gefahr eines neuen Krieges erhöht und eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten entsteht; ...

im Interesse der weiteren Festigung und Entwicklung der Freundschaft, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Beistandes in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität der Staaten sowie der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten;

diesen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand abzuschliessen ...»

### Wer hat womit angefangen?

Das war 1955. Einige der Redner an einem Empfang aus Anlass der Erneuerung betonten jetzt am 26. April in Warschau, der Pakt sei eine Antwort auf die Nato gewesen.

So sagte General Jaruzelski: «Die Gründung der sozialistischen Verteidigungsgemeinschaft war eine Antwort auf die Nato, die zuvor ins Leben gerufen worden war und das Militärpotential der Bundesrepublik Deutschland einschloss ... Der heute gefasste Beschluss wurde unserer Gemeinschaft aufgezwungen.»

Der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow fügte bei: «Es sind weder die Sowjetunion noch andere sozialistische Staaten, die die Spaltung der Nachkriegszeit herbeiführten. Das wurde von den Gründern der Nato getan, während unsere Allianz erst sechs Jahre später verwirklicht wurde. Seither haben wir mehr als einmal unsere Bereitschaft bekundet, den Warschauer Pakt aufzulösen, wenn das gleiche mit der Nato geschieht. Das ist unsere Haltung auch heute noch.»

Hier wird eine altbekannte sowjetische Taktik sichtbar, die in jüngster Zeit besonders stark verwendet wird. Dabei wird das sowjetische

Verhalten oder eine konkrete Massnahme als Selbstverständlichkeit dargestellt, die hernach vom Westen gestört wird. Das hat die sowjetische Linie bezüglich der amerikanischen «Strategischen Defensiv-Initiative» (SDI, durch geschickte Desinformation bereits als «Krieg der Sterne» etikettiert) ebenso charakterisiert wie die gewaltsame Errichtung marxistisch-leninistischer Regimes durch die sowjetische Militärmacht im Osteuropa der Nachkriegszeit. Man kann diese Taktik als die Technik der «Aktion als Reaktion» bezeichnen, dank welcher der «geeignete Anfang» bestimmt wird.

Nehmen wir die unmittelbare Nachkriegszeit als Beispiel. Innerhalb eines Jahres nach dem Waffenstillstand vom 8. Mai 1945 waren die westlichen Streitkräfte von rund 5 Millionen Mann auf 880 000 Mann reduziert worden. Die Sowjetunion dagegen hielt ihren militärischen Stand auf rund 6 Millionen Mann und ihre Industrie als Kriegswirtschaft aufrecht. Das führte zur Gründung dessen, was Jaruzelski als «sozialistische Verteidigungsgemeinschaft» bezeichnete. Die «Spaltung der Nachkriegszeit» hatte der sowjetische Parteisekretär Andrej Schdanow bereits im September 1947 anlässlich der Gründung der Kominform dekretiert, als er die Doktrin der «zwei Lager» darlegte, des «sozialistischen Internationalismus» und des «kapitalistischen Imperialismus».

Wie Gorbatschow gesagt hatte: Die Nato war sechs Jahre früher, nämlich am 4. April 1949, gegründet worden. Aber er verschwiegen den Anlass zur Gründung der Nato, nämlich die gewaltsame Unterjochung Osteuropas, den Prager Staatsstreich vom Februar 1948 und die Berliner Blockade. Das, neben der ausgebliebenen Abrüstung der Sowjetunion und dem auf ihren Befehl ausgelösten Bürgerkrieg in Griechenland, war die sowjetische «Aktion», die zur Nato als «Reaktion» führte. Damit sollte das Gleichgewicht verwirklicht werden.

Die Sowjetpropaganda verschweigt den ursprünglichen Anlass, gibt die westliche Reaktion (Nato) als Aktion und damit als «geeigneten Anfang» aus und stellt ihre eigene nächste Aktion (Warschauer Pakt) als Reaktion dar. Diese Technik ist dann wirksam, wenn sie von einer mächtigen Propagandamaschinerie getragen wird.

Wenn der A auf der Strasse dem B eine Ohrfeige verabfolgt und dann selber eine erhält, ist der Sachverhalt den Beteiligten und den Zeu-

Fortsetzung auf Seite 12

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 412775

... Steiger druckt's

**City Bank-Anlageplus**

**4½% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!**

Mehr Zins - garantierter Zins und Sicherheit

Bis 31. Dez. 1985

**CITY BANK**

Talstrasse 58,  
8021 Zürich,  
Tel. 01/211 76 11

- die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
- Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
- Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. \_\_\_\_\_ (am ehesten um \_\_\_\_\_ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

## Warschauer Pakt

Schluss von Seite 9

gen klar. Wenn aber der A zugleich Besitzer einer Zeitung ist, kann er dort die Anschuldigung, der B hätte ihn tätlich angegriffen, so lange wiederholen, dass die Mehrheit dieser Darstellung schliesslich Glauben schenkt. Wer will denn schon mit näheren Untersuchungen und Zeugenbefragungen Zeit vergeuden und sich allenfalls noch die eigenen Finger verbrennen!

Wenige Tage vor der Gründung des Warschauer Paktes wurde am 9. Mai 1955 die Bundesrepublik Deutschland als Vollmitglied in die Nato aufgenommen. Nochmals Tage zuvor war die Westeuropäische Union gegründet worden. Sie übernahm die Nachfolge der Westunion (Brussels Treaty Organisation), welche als kollektives Bündnis Belgiens, Frankreichs, Grossbritanniens, Luxemburgs und der Niederlande gegen Deutschland gerichtet war. Dank der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 konnten dann die Bundesrepublik Deutschland und Italien am 6. Mai 1955 aufgenommen werden; so entstand die Westeuropäische Union, die heute noch ein Schattendasein fristet. Damit fand eine lange Periode der Unsicherheit über die Integration der Bundesrepublik, die das Gegenteil des Hitlerregimes darstellt, ihren Abschluss.

Zeit zur Reorganisation der Satellitenarmeen nach sowjetischem Modell benötigte auch die Sowjetunion. Von 1949 bis 1956 unterstanden die polnischen Streitkräfte beispielsweise direkt dem sowjetischen Kommando. Erst nach Abschluss dieser Reorganisation konnte der Warschauer Pakt abgeschlossen werden. Es ist daher historisch falsch, wenn Gorbatschow heute behauptet, die Gründung des Warschauer Paktes sei so lange als überhaupt möglich verzögert worden.



Parteichef Gorbatschow.

Wie Gorbatschow aber richtig sagte, ist der Vorschlag auf gemeinsame Auflösung von Warschauer Pakt und Nato schon früh unterbreitet worden. Der damalige rumänische Parteichef Gheorge Gheorghiu-Desch erklärte am 22. August 1964 im rumänischen Parlament mit einer vielleicht gar beabsichtigten Zweideutigkeit: «Als Mitglied des Warschauer Pakts tritt die Volksrepublik Rumänien für die Auflösung aller militärischen Blöcke ein.»

Der Vorschlag möchte mit seinem Anflug von Fairness eine friedensliebende, aber wenig informierte Öffentlichkeit im Westen ansprechen. Die Verwirklichung des Vorschlages hätte in-

des problematische Folgen: Während amerikanische Streitkräfte Westeuropa verlassen müssten, bliebe die sowjetische Macht in Osteuropa unbetroffen. Abgesehen von der geographischen Nähe der sowjetischen Streitkräfte hat sich Moskau alle Vorteile und einflussreichen Positionen wie erwartet durch ein umfassendes Netz bilateraler «Freundschaftsverträge» gesichert.

**In einem zweiten Beitrag soll der Warschauer Pakt auf seine Übereinstimmung mit der Leninschen Doktrin von Krieg und Frieden überprüft werden.**

## Gorbatschow, der Kopfjäger

Die grosse Rede Gorbatschows am 11. Juni in der ZK-Konferenz über die Wirtschaftspolitik der Partei mit der Bilanz der Mängel und der Missstände in der Volkswirtschaft der Sowjetunion enthielt praktisch keine konstruktiven Vorschläge, sondern nur Schlagworte und Beshwörungen: Man solle dies und jenes besser tun. Sie enthielt auch nicht näher erklärte Widersprüche. Zum Beispiel soll einerseits die Produktionsplanung weiter zentralisiert bleiben, aber gleichzeitig will man die einzelnen Betriebe und Wirtschaftszweige vermehrt zur Initiative und zur Selbständigkeit anhalten.

Der Parteichef sprach von der Notwendigkeit, Prioritäten in den Richtlinien der Wirtschaftspolitik zu setzen. Seine «Prioritätenskala» sieht aber so aus: Grundlagenforschung und angewandte Forschung, Förderung der Verantwortlichkeit der Wirtschaftskader und Verstärkung der Parteikontrolle und der führenden Rolle der Partei, Vermehrung der Maschinenexporte und gleichzeitig(!) der Maschinenimporte, entscheidende Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes und vermehrte Investitionen in die Renovierung der alten Betriebe, Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und maximale Anstrengungen in der Rüstungsindustrie.

Wer hier noch echte Prioritäten erblickt, der könnte unter Gorbatschow Minister werden, denn verschiedene Ministerposten werden jetzt bestimmt frei. Und dies war vielleicht das Bemerkenswerte in seiner Rede: unzweideutige und offene Angriffe gegen einzelne Ministerien und ihre Leiter. Der Minister für Viehzucht- und Futtermittel-Maschinenbau, K. N. Beljak, versucht möglichst viele Mittel für sein Ministerium zu erhalten und gleichzeitig die Plansoll-Zahlen niedrig zu halten; der Minister für Baumaterialindustrie, A. I. Jaschin, verursacht dem Land grosse, unbegründete Ausgaben; wegen der falschen technischen Politik des Ministers für Schwarzmetallurgie, I. P. Kasanez, hat

dieser Wirtschaftszweig die Plansoll-Zahlen des 10. und des 11. Fünfjahresplanes nicht erfüllt; trotz wiederholter Versprechen des Ministers für petrochemische und erdölverarbeitende Industrie, W. S. Fjodorow, herrscht in seinem Ministerium in bezug auf die Verwendung der teureren Importausrüstung weiterhin Misswirtschaft.

Wenn der Generalsekretär der Partei über diese Spitzenfunktionäre sagt: «Bei solchen Leitern trennen sich unsere Wege», dann können sie ihre Schubladen leeren und ihre Sachen einpacken.



Weniger verständlich ist die angeblich aus Gesundheitsgründen erfolgte vorzeitige Pensionierung des Stellvertreters des sowjetischen Premierministers, I. I. Bodjul, eines Spitzenfunktionärs der Partei und der Regierung der Moldauischen Republik. Wenn der Abgang eines Politikers dieses Ranges in fünf Zeilen («Prawda», 31. 5. 1985) und ohne ein Wort der Anerkennung mitgeteilt wird, so ist dies eine klare Kaltstellung. Vielleicht spielte dabei die Tatsache eine Rolle, dass Bodjul ein Weggefährte und treuer Anhänger Breschnews gewesen war.



Vorläufig ganz unverständlich ist das Verschwinden des Politbüromitgliedes G. W. Romanow von der Bildfläche. Dieser wurde seit Wochen in der Öffentlichkeit nicht mehr gesehen, obwohl die Politbüromitglieder bei verschiedenen wichtigen ausländischen Besuchen anwesend waren: Brand, Craxi, Ghandi, Husak. Ebenso waren *alle übrigen Politbüromitglieder* an der Konferenz über die Wirtschaftspolitik anwesend.

Georg Bruderer